

Rübel, Gerhard

Article — Digitized Version

Währungsklubs - eine Alternative zum Euro?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rübel, Gerhard (1997) : Währungsklubs - eine Alternative zum Euro?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 9, pp. 533-537

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137530>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gerhard Rübel

„Währungsclubs“ – eine Alternative zum Euro?

Die Diskussion über die Europäische Währungsunion wird zunehmend von der Auseinandersetzung um die Konvergenzkriterien und den Starttermin bestimmt. Die Probleme einer Währungsunion mit nur wenigen Teilnehmerländern werden dabei kaum angesprochen. Zur Stabilisierung des damit verbundenen Übergangsprozesses analysierte Professor Friedrich L. Sell in der Juniausgabe 1996 des WIRTSCHAFTSDIENST die Möglichkeit, Währungsclubs zu bilden¹. Professor Gerhard Rübel hingegen sieht Währungsclubs nicht als Übergangslösung, sondern als dauerhafte Alternative zur Einheitswährung an.

Da bei einem Beginn der Währungsunion mit nur wenigen Kernländern Instabilitäten entstehen, macht Sell den Vorschlag, die „Draußengebliebenen“ sollten sich während des Übergangsprozesses zu Währungsclubs zusammenschließen. Sobald die Voraussetzungen für die Optimalität einer weitaus größeren Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorlägen, könnten diese Clubs dann in die Währungsunion integriert werden.

Die Analyse von Sell ist durchaus richtig, sein Therapieversuch ist jedoch nicht konsequent. Er steht und fällt mit der Annahme, daß der Zeitpunkt kommen wird, an dem die Europäische Union ein geographischer Raum sein wird, in dem ein „Euro“ optimal ist. Dies kann jedoch, zumindest mit dem heute verfügbaren Wissen, ausgeschlossen werden. Die Idee des parallelen Zusammenschlusses mehrerer Währungen zu Blöcken ist deshalb aber nicht zu verwerfen, die Währungsblöcke sollten allerdings als Alternative zur Einheitswährung mit dauerhaftem Bestand gesehen werden. Durch eine solche Vorgehensweise könnten die Vorteile der Währungsintegration genutzt werden, ohne den entscheidenden Nachteil einer Währungsunion, den Verzicht auf ein marktkonformes Stabilisierungsinstrumentarium, in Kauf nehmen zu müssen².

Die Probleme einer Kernwährungsunion

Durch die gleichzeitige Vorgabe von Konvergenzkriterien und Zeitplan ist, wie Sell richtig diagnostiziert, abzusehen, daß die Europäische Währungsunion mit nur sehr wenigen Ländern begonnen werden kann. Ebenso richtig ist, daß durch eine solche Kernwährungsunion eine Reihe bisher nicht beachteter Pro-

bleme entstehen. Wie etwa soll das Verhältnis zwischen den Teilnehmerländern der Währungsunion und denen, die draußen bleiben, geregelt werden? Ist damit zu rechnen, daß sich die Länder, die nicht von Beginn an der Währungsunion angehören dürfen, noch mit dem gleichen Engagement wie bisher um die Erfüllung der Konvergenzkriterien bemühen? Werden die Teilnehmerländer der ersten Stunde überhaupt bereit sein, weitere Länder an der Währungsunion teilhaben zu lassen, wenn sie hierdurch Nachteile befürchten? Besteht bei diesem Vorgehen nicht eine große Gefahr für den gesamten europäischen Integrationsprozeß?

Durch die Bildung einer Kernwährungsunion wird in Europa eine Mehrklassengesellschaft entstehen. Es gibt zunächst die Kerngruppe der Währungsunionmitglieder, die der Aufnahme weiterer Länder nur dann zustimmen werden, wenn der Nutzen, den sie sich hiervon versprechen, größer ist als die dabei vermuteten Kosten. Eine zweite Gruppe von Ländern wird die Voraussetzung einer Teilnahme an der Währungsunion nicht wesentlich verfehlen und macht sich Hoffnungen auf eine baldige Aufnahme in die Kerngruppe. Die dritte Gruppe erfüllt die Bedingungen der Teilnahme an einer Währungsunion zwar deutlich nicht, zeigt aber die erklärte Absicht, diese in absehbarer Zeit zu erreichen.

Allerdings werden mit der Entscheidung über die Teilnahme an einer Kernwährungsunion, die für Frühjahr 1998 vorgesehen ist, weniger Anleger bereit sein, sich in den Währungen der Nicht-Teilnehmerländer zu engagieren. Es wird dort zu Zinssteigerungen kommen, die die konjunkturellen Probleme des Konvergenzprozesses noch verstärken. Dies wird Ab-

Prof. Dr. Gerhard Rübel, 46, ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Geld und Außenwirtschaft an der Universität Passau.

¹ Friedrich L. Sell: Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten: Wie (in)stabil wäre eine solche Lösung?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 76. Jg. (1996), H. 6, S. 317-320.

² Vgl. Gerhard Rübel: „Euro“-Währungsblöcke als Alternative zur Europäischen Einheitswährung, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 45. Jg. (1996), Heft 3, S. 337-355.

wertungstendenzen dieser Währungen auslösen, was wiederum steigende Importpreise impliziert³. Insgesamt werden sich daher die Voraussetzungen dieser Länder, die Eintrittskriterien zur Währungsunion möglichst bald zu erfüllen, verschlechtern. Eine vierte Gruppe, zu der auch die beitragswilligen Länder des ehemaligen Ostblocks gehören, hat auf absehbare Zeit keine Chance zur Teilnahme an der Währungsunion. Und schließlich gibt es eine fünfte Gruppe, die aus eigenem Entschluß an einer Währungsunion nicht teilnehmen will⁴. Die Schlußfolgerung Seils, diesen Prozeß der „zwei Geschwindigkeiten“ durch die frühzeitige Bildung von Währungsklubs entschärfen zu können, unterstellt jedoch, daß Europa im Laufe der Zeit zu einem optimalen Währungsraum wird.

Europa ist kein optimaler Währungsraum

Die Frage nach der Optimalität von Währungsräumen geht auf Robert Mundell⁵ zurück und wurde in den 60er und 70er Jahren vor dem Hintergrund der Diskussion um feste und flexible Wechselkurse weiterentwickelt. Nach den Maastrichter Beschlüssen zur Verwirklichung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde dieses Thema erneut Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen, deren einzelne Argumente hier nicht vertieft werden können⁶. In nahezu vollkommener Übereinstimmung kommen alle Autoren zu dem Ergebnis, daß das Gebiet der heutigen Europäischen Union keinen optimalen Währungsraum darstellt und daß mit jedem neuen Mitglied die Erfüllung der hierfür erforderlichen Voraussetzung weiter sinkt. Heute gibt es ja bereits

über zehn EU-Aufnahmekandidaten, wobei insbesondere die baldige Integration der ehemaligen Ostblockländer aus politischen Gründen geboten erscheint. Das Hauptargument gegen die Optimalität Europas als Währungsraum ist dabei das durch eine Währungsunion wegfallende Instrumentarium zur Überwindung asymmetrischer Schocks.

Im Laufe der Zeit treten zwischen verschiedenen Ländern immer wieder Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung auf, d.h., es entstehen Unterschiede in den Arbeitslosenzahlen, in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, im Wachstum des Sozialprodukts und in anderen volkswirtschaftlichen Größen. In einer solchen Situation entsteht eine Anpassungsnotwendigkeit, für die verschiedene Instrumente zur Verfügung stehen. Eines dieser Instrumente ist der Wechselkurs. Die wirtschaftlich schwächeren Länder können zur Verbesserung der Wettbewerbssituation ihre Währungen gegenüber den wirtschaftlich stärkeren Ländern abwerten. Ein zweites Instrument ist die Geldpolitik, die in wirtschaftlich schwächeren Ländern expansiv, in wirtschaftlich stärkeren Ländern kontraktiv ausgerichtet sein mußte.

In einer Währungsunion dagegen existiert kein Wechselkurs mehr, und es kann naturgemäß nur noch eine Geldpolitik geben, die sich laut Vertragstext von Maastricht ausschließlich an der Stabilität der Europäischen Währung und nicht an den wirtschaftlichen Erfordernissen der einzelnen Länder zu orientieren hat. Da außerdem eine divergierende Fiskalpolitik, eine Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit und Lohnsenkungen in wirtschaftlich schwächeren Regionen kaum zu erwarten sind, bleibt nur das Anpassungsinstrument der Finanztransfers. Eine reale Ungleichgewichtssituation kann durch einen umfassenden Finanzausgleich im Rahmen eines Systems interregionaler Transfers abgebaut werden, so wie es auch in Deutschland zwischen den alten und den neuen Bundesländern gehandhabt wird. Dies wurde offensichtlich auch in Maastricht gesehen, wo bereits die Gründung verschiedener Strukturfonds beschlossen wurde.

Ein umfassendes Finanzausgleichssystem in einer Währungsunion politisch selbständig bleibender Staaten gefährdet jedoch aufgrund dann fehlender Anreize nicht nur die Anpassungsmöglichkeiten über die Märkte, es macht auch eine glaubhafte Gelddisziplin der Europäischen Notenbank schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich⁷. Im übrigen kann es keinen Sinn machen, vorhandene marktmäßige Anpassungsmechanismen, wie den Wechselkurs, durch ei-

³ Vgl. Helmut Hesse: Auf dem Weg zu einer Europäischen Währungsunion, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 75, 1995, S. 7-13; Ralf Dahrendorf: „Drinnen“ und „Draußen“, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 6, 1996, S. 23-24.

⁴ Vgl. Ralf Dahrendorf, a.a.O.

⁵ Vgl. Robert Mundell: A Theory of Optimum Currency Areas, in: American Economic Review, 1961, S. 318-321.

⁶ Vgl. z.B. Heinrich Matthes, Alexander Italianer: Ist die Gemeinschaft ein optimaler Währungsraum?, in: Manfred Weber (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur Währungsunion, Darmstadt 1991; Lukas Menkhoff, Friedrich L. Sell: Überlegungen zu einem optimalen DM-Währungsraum, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1992, S. 379-400; Gerhard Aschinger: Die Theorie optimaler Währungsgebiete und die europäische monetäre Integration, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1993, S. 9-28; Peter Bofinger: Europa: Ein optimaler Währungsraum?, in: Bernhard Gahlen u.a. (Hrsg.): Europäische Integrationsprobleme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, Tübingen 1994; Paul J. J. Welfens: Binnenmarkt und Währungsintegration: Theoretische Aspekte und wirtschaftspolitische Optionen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1994, S. 307-337.

⁷ Vgl. z.B. Renate Ohr: Integration in einem nicht-optimalen Währungsraum, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1993, S. 29-47

nen staatlichen Umverteilungsinterventionismus zu ersetzen. Da allgemein akzeptiert ist, daß ein markt-mäßiger Ersatz für den Wechselkurs als Anpassungs-instrument in Europa auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung steht, wird die Forderung erhoben, es müsse alles getan werden, um eine asymmetrische reale Entwicklung zu verhindern, da eine Anpassungsnotwendigkeit damit entfiere. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen zu sehen, die Konvergenzkriterien im Rahmen eines „Solidarpakts“ dauerhaft beizubehalten und bei Nichterfüllung mit Sanktionen zu ahnden.

Aber auch die Beibehaltung noch so strenger Budgetrestriktionen kann eine ungleiche reale Entwicklung in Europa nicht verhindern. Untersuchungen, die aus der Entwicklung der realen Wechselkurse, der Inflationsraten und anderer Indikatoren auf asymmetrische Schocks rückschließen, kommen zu dem Ergebnis, daß länderspezifische Schocks in Europa schon immer eine erhebliche Bedeutung hatten und daß die Heterogenität zwischen den EU-Mitgliedern trotz jahrelanger Mitgliedschaft in einer Zollunion bzw. einer Freihandelszone erheblich ist⁹. Dies haben auch die EWS-Krisen von 1992/93 gezeigt. Die Länder der Europäischen Union haben unterschiedliche Produktions- und Exportstrukturen, sie sind unterschiedlich von Rohstoffimporten abhängig, sie haben unterschiedliche wirtschaftliche Ausgangspositionen sowie unvollkommene Güter- und Faktormärkte⁹. Asymmetrische reale Schocks sind also auch in Zukunft zu erwarten.

Daneben gibt es interne Gründe einer ungleichgewichtigen realen Entwicklung. Das Binnenmarktprogramm der Europäischen Union hat die Heterogenität der einzelnen Länder erhöht. Durch die Liberalisierung der Güter- und Finanzmärkte wurde die Wettbewerbsintensität verschärft und ein Strukturwandel ausgelöst, der bereits zu regionalen ökonomischen Divergenzen geführt hat. Dies kann man etwa an der sehr unglei-

chen Verteilung der in Europa getätigten Direktinvestitionen ablesen, wo die Bundesrepublik Deutschland fast leer ausgegangen ist. Die deutsche Direktinvestitionsbilanz gerät immer stärker ins Defizit. Die Realisierung des gemeinsamen Marktes in Europa muß also als ein umfassender asymmetrischer Marktschock angesehen werden, dessen Überwindung noch nicht abzusehen ist. Auch die Einflüsse des Zusammenbruchs Osteuropas, die deutsch-deutsche Wiedervereinigung und die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft sind asymmetrische Marktschocks, die einen tiefgreifenden Strukturwandel ausgelöst haben, dessen Folgen noch nicht absehbar sind¹⁰.

Aber selbst wenn die Folgen all dieser Schocks bei Eintritt in eine Währungsunion überwunden wären, so ist zu befürchten, daß die Wahrscheinlichkeit des Auftretens asymmetrischer Schocks in einer Währungsunion noch zunimmt. De Grauwe und Vanhaverbeke¹¹ haben nachgewiesen, daß in Europa asymmetrische Schocks auf regionalem Niveau, d.h. innerhalb eines heute bestehenden Währungsgebietes, häufiger vorkommen als zwischen Ländern mit verschiedenen Währungen. Dies kann auf den stärkeren Integrationsgrad innerhalb eines Währungsgebietes zurückgeführt werden. Überträgt man diese Tatsache auf eine Europäische Währungsunion, so läßt sich vermuten, daß durch die Integrationseffekte der Währungsunion die Häufigkeit asymmetrischer Schocks nicht abnimmt, sondern zunimmt. Außerdem kann aufgrund der Heterogenität der Länder jede zukünftige Paritätenänderung zwischen dem Euro und anderen Währungen unterschiedliche Anpassungszwänge auslösen.

Gefahren für die europäische Integration

Wenn regional unterschiedliche reale Entwicklungen in einer Währungsunion aber nicht auszuschließen sind, dann wird es im Falle ihres Auftretens zu einem Druck auf die Europäische Notenbank kommen, sich an den wirtschaftlich schwächeren Regionen zu orientieren. Ob sie sich dem wirklich entziehen kann, wie es auf dem Papier vorgesehen ist, ist zweifelhaft. Es wird auch Forderungen nach monetären Transfers zugunsten der negativ betroffenen Länder geben, und es ist leicht vorstellbar, daß populistische Politiker mit der Behauptung, durch eine Rückkehr zur nationalen Währung die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande abzubauen zu können, bei den Wählern große Zustimmung erfahren werden. Dies ist aber längerfristig ein Gefahrenpotential für die gesamte europäische Integration, das nur dadurch beseitigt werden kann, daß sich Europa auch politisch zusammenschließt, wofür es derzeit aber nicht die geringsten Anzeichen gibt. Die

⁹ Vgl. Gunther Tichy: Theoretical and Empirical Considerations on the Dimension of an Optimum Integration Area in Europe, in: Aussenwirtschaft, 1992, S. 107-137.

⁹ Vgl. z.B. Norbert Berthold: Europa nach Maastricht – Sind die währungspolitischen Fragen gelöst?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 72. Jg. (1992), H. 1, S. 23-28.

¹⁰ Vgl. Otmar Issing: Koreferat zu Peter Bofinger, a.a.O.; Roland Vaubel: Das EWS-Debakel und die Zukunft der europäischen Währungsunion. Erklärungen und Simulationen aus der Sicht der Public-Choice-Theorie, in: Gerhard Rübeler (Hrsg.): Perspektiven der Europäischen Integration, Heidelberg 1994.

¹¹ Paul de Grauwe, Wim Vanhaverbeke: Is Europe an Optimum Currency Area? Evidence from Regional Data, in: Paul R. Masson, Mark P. Taylor (Hrsg.): Policy Issues in the Operation of Currency Unions, Cambridge 1993.

¹² Vgl. Theresia Theurl: Eine gemeinsame Währung für Europa, Innsbruck 1992.

Geschichte hat gezeigt, daß Währungszusammenschlüsse nie von Dauer waren, wenn sich die Länder nicht auch politisch zusammengeschlossen hatten¹².

Spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem auch die privilegierten Teilnehmer der ersten Stunde erkennen werden, daß eine dauerhafte Vermeidung ungleichgewichtiger Entwicklungen trotz Staatsschuldenplafondierung nicht möglich ist und Anpassungskosten entstehen, wird die Tendenz verstärkt, die Teilnahme weiterer Länder an der Kernwährungsunion an noch strengere Kriterien zu binden oder ganz zu verhindern. Weshalb sollten dann Länder, die auf absehbare Zeit keine Chance mehr sehen, die Bedingungen für eine Teilnahme zu erfüllen, strikte Konvergenzanstrengungen beibehalten, wenn hiervon realwirtschaftliche Probleme ausgehen? Weshalb sollten sie dann auf Wechselkursänderungen verzichten, wenn sie sich hierdurch realwirtschaftliche Verbesserungen versprechen? Wie sollen Finanzausgleichsfonds in der Kernwährungsunion, die es wegen der auftretenden asymmetrischen Entwicklung geben dürfte, finanziert werden? Wenn sie aus dem Haushalt der Europäischen Union finanziert werden, so würden die Nichtteilnehmer die Stabilität der Kernwährungsunion mitfinanzieren. Dies werden sie ablehnen. Wird ein eigener Haushalt der Kernwährungsunionsmitglieder gebildet, so zerbräche ein Grundelement der heutigen Europäischen Union, der gemeinsame Haushalt¹³. Diese Schwierigkeiten werden das Verhältnis von denen „drinnen“ und denen „draußen“ belasten und beinhalten ein nicht zu unterschätzendes Spaltungspotential für die gesamte Europäische Union.

Euro-Währungsblöcke als Alternative

Eine Alternative für die bisher angestrebte europäische Einheitswährung wäre die Bildung von Währungsblöcken¹⁴. Die Theorie optimaler Währungsräume setzt an der Existenz einer Währung an und diskutiert Kriterien für die optimale Größe des geographischen Raums, in dem diese einheitliche Währung dauerhaft existieren kann. Die Vorteile der Transaktionskostensparnisse müssen dabei größer sein als die Nachteile des Verzichts auf ein Ausgleichsinstrument bei ungleicher realer Entwicklung.

Die bisherige Diskussion sowie alle politischen Entscheidungen zur europäischen Währungsintegration und letztlich auch der Vorschlag Seils gehen von einer „Alles-oder-Nichts-Entscheidung“ aus. Es stehen sich auf lange Frist nur die Alternativen „Ein Land – Eine Währung“ und „Ein Markt – Eine Währung“ gegenüber. Aber weder braucht der gemeinsame Markt eine Währung noch ist er ein optimaler Währungsraum in

dem Sinne, daß er der geographische Raum ist, für den ein Euro optimal wäre. Dies ist bereits das heutige Europa der Fünfzehn nicht und noch viel weniger ein erweitertes Europa. Aber die Alternative muß nicht „Ein Land – Eine Währung“ lauten, d.h. der Verzicht auf jede Form der Währungsintegration. Man muß die Fragestellung der Theorie optimaler Währungsräume nur genau umdrehen.

Es ist in Europa durch politische Entscheidungen ein gemeinsamer Markt entstanden, der große wirtschaftliche Vorteile bietet. Dieser gemeinsame Markt wird aller Voraussicht nach weiter wachsen. Nun muß für diesen vorgegebenen geographischen Raum die optimale Anzahl von Währungen gesucht werden, um möglichst große Kostenersparnisse im Transaktionsbereich realisieren zu können, ohne auf die Stabilisierungsfunktion unterschiedlicher Währungen völlig verzichten zu müssen. Diese optimale Anzahl von Währungen wird deutlich kleiner sein als die Zahl heute existierender Währungen, d.h., es findet durchaus ein Prozeß der Währungsintegration statt. Die optimale Anzahl von Währungen ist aber nicht Eins. Zur Bestimmung des Optimums kann ein Kosten-Nutzen-Kalkül herangezogen werden, wie es auch Sell seinen Überlegungen zugrunde legt¹⁵. Die optimale Anzahl von Währungen ist erreicht, wenn der Nettutzen maximiert ist, d.h., im Optimum muß der Grenznutzen der Stabilitätsverbesserung den Grenzkosten der Transaktionskostenzunahme entsprechen.

Zur Bestimmung der Ländergruppen kommen verschiedene Kriterien in Betracht, so etwa die Handelsintensität, die Gleichartigkeit der Wirtschaftspolitik, d.h. die Homogenität der Präferenzen, ähnliche Inflationsraten, gleiche Abhängigkeit von externen Schocks, ähnliche Wachstumsraten des Sozialprodukts, hohe Arbeitsmobilität, aber auch allgemeine kulturelle, geographische und politische Überlegungen. Zwischen den einzelnen Euro-Blöcken könnte ein System flexibler Wechselkurse vereinbart werden. Dabei könnte das bereits gegründete Europäische Währungsinstitut in Frankfurt am Main als ein Europäischer Währungsfonds (EWF) nach dem Vorbild des IWF fungieren, der die Politik der Block-Notenbanken koordiniert.

Es gibt bereits einige theoretische Untersuchungen, die unter Verwendung verschiedener Kriterien versuchen, Währungsblöcke abzugrenzen. Sie konzentrieren sich bisher jedoch meist auf den D-Mark-Raum in

¹² Vgl. Ralf Dahrendorf, a.a.O.

¹⁴ Vgl. hierzu Gerhard Rübel, a.a.O.

¹⁵ Vgl. hierzu Frank Rühl: Optimale Abgrenzung von Währungsgeländen: Ein Literaturüberblick, in: Kredit und Kapital, 1975, S. 126 ff.

nerhalb der Europäischen Union. Vaubel¹⁶ benutzt dabei die Entwicklung der realen Wechselkurse, Aschinger¹⁷ die Arbeitslosenquoten und die Staatsbudgets. In einem „genetischen Algorithmus“ vergleichen Gosh und Wolf¹⁸ Kostenfaktoren wie die Lohn- und Preisrigiditäten, die Immobilität der Produktionsfaktoren sowie die Schockwahrscheinlichkeiten. Tichy¹⁹ benutzt das Kriterium der Handelsintensität und Bayoumi/Eichengreen²⁰ untersuchen die Schocksymmetrie zwischen den einzelnen Ländern. Der klubtheoretische Ansatz von Sell²¹ zählt ebenfalls zu diesen Abgrenzungskriterien, er orientiert sich allerdings ausschließlich an Inflationsdifferenzen.

Vorteile für die Teilnehmerländer

Wenn man die Bildung von Währungsblöcken, im Gegensatz zu Sell, nicht als Übergangslösung, sondern als Dauerlösung sieht, so können daraus alle Länder Europas Vorteile ziehen. Die Mitglieder einer Kernwährungsunion nach herkömmlichem Fahrplan würden sich nicht ständig der Forderung ausgesetzt sehen, weitere Länder aufnehmen zu sollen, auch wenn diese die Kriterien für die Teilnahme im Sinne der Theorie eines optimalen Währungsraums nicht erfüllen. Lehnen sie dies ab, so droht die Spaltung Europas, da die schwächeren Länder mit der Zeit ihre Anstrengungen einstellen, ein illusorisch werdendes Ziel erreichen zu wollen. Stimmen sie der Aufnahme weiterer Länder zu, so wird es ihnen auf Dauer nicht gelingen, die schwächeren Länder durch Transferzahlungen zu subventionieren. Ein umfassendes Transfersystem wäre außerdem weder wünschenswert noch würden es die Steuerzahler in den wirtschaftlich starken Ländern akzeptieren.

Die Vorteile für die Länder, die zunächst nicht Mitglied einer Kernwährungsunion sein werden, sind vielschichtig. Im Maastrichter Fahrplan ist nicht nur ein Prozeß der „zwei Geschwindigkeiten“, wie es Sell unterstellt, sondern eine Mehrklassengesellschaft auf Dauer vorgezeichnet, denn dem Kerneuropa mit seiner gemeinsamen Währung werden sehr viele der

heutigen EU-Mitglieder und fast alle neu aufzunehmenden Staaten nie angehören können. Es würde also zu einem Europa mehrerer Integrationsstufen kommen. Deshalb dürften sich viele Länder, die die strengen Maastrichter Konvergenzkriterien nicht erfüllen, mit der Zeit von Europa abwenden. Durch die parallele Bildung mehrerer Währungsblöcke wird diese Mehrklassengesellschaft vermieden, und alle Länder haben eine Alternative, für die politische Anstrengungen lohnend sind. Gerade für die wirtschaftlich besonders schwachen Staaten würde sich eine relativ kurzfristig realisierbare Perspektive ergeben, die die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses spürbar erhöhen dürfte.

Die Währungsblöcke hätten auch ein größeres politisches Gewicht gegenüber dem Kernwährungsblock, als dies bei einzelnen Ländern der Fall wäre, ein nicht zu unterschätzender psychologischer Effekt. Die Gefahr eines Abwertungswettlaufs einzelner Länder zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft wäre vermieden, dennoch bliebe die Möglichkeit bestehen, durch eine Paritätenänderung zwischen den Blöcken asymmetrische reale Entwicklungen auszugleichen. Schließlich könnten Transaktionskostensparnisse frühzeitig in allen Ländern realisiert werden.

Ein Währungszusammenschluß hat zweifellos eine Reihe positiver Effekte wie eine erhöhte Preistransparenz und einen Rückgang von Informations- und Transaktionskosten. Den Vorteilen steht vor allem der Verzicht auf ein marktkonformes Stabilisierungsinstrumentarium gegenüber. Unter Abwägung dieser Vor- und Nachteile ist das Ziel einer europäischen Einheitswährung ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Daher werden meist übergeordnete politische Gründe zu seiner Rechtfertigung herangezogen. Ökonomische Prozesse sind aber nicht durch politische Entscheidungen gegen die Märkte durchsetzbar. Deshalb sollte man von dem Ziel einer Einheitswährung abrücken, ohne die grundsätzliche Idee einer Währungsintegration dabei aufzugeben. Das Streben nach einer optimalen Anzahl von Währungsblöcken wäre hier eine realistische Alternative, durch die die Vorteile der Währungsintegration genutzt werden können, ohne auf die Stabilisierungsfunktion unterschiedlicher Währungen völlig verzichten zu müssen. Eine Mehrklassengesellschaft würde vermieden, der Aufnahme neuer Länder, vor allem der aus politischen Gründen gebotenen Osterweiterung, stünde auf währungspolitischem Gebiet nichts im Wege. Der gesamte europäische Integrationsprozeß könnte einen neuen Schub erfahren und damit aus eigener Kraft die Sackgasse, in die er sich zunehmend begibt, verlassen.

¹⁶ Vgl. Roland Vaubel: Real Exchange Rate Changes in the European Community, in: Journal of International Economics, 1978, S. 319-339.

¹⁷ Gerhard Aschinger, a.a.O.

¹⁸ Atish R. Ghosh, Holger C. Wolf: How many Monies? A Genetic Approach to Finding Optimum Currency Areas, National Bureau of Economic Research, Working Paper 4805, 1994.

¹⁹ Gunther Tichy, a.a.O.

²⁰ Tamim Bayoumi, Barry Eichengreen: Is there a Conflict between EC-Enlargement and European Monetary Unification?, National Bureau of Economic Research, Working Paper 3590, 1992.

²¹ Vgl. auch Lukas Menkhoff, Friedrich L. Sell, a.a.O.